

Neoliberalismus und kein Ende?

Ist die Corona-Pandemie die Totengräberin des Neoliberalismus? Vollendet sie, was die Finanzkrise 2007/8 nicht geschafft hat? Oder geht das «*befremdliche Überleben des Neoliberalismus*» (Colin Crouch) weiter? Jedenfalls ist es kein schlechter Zeitpunkt, um sich nochmals einem der Lieblingsfeinde der Linken zuzuwenden.

Im 2020 erschienenen Buch «Die politische Theorie des Neoliberalismus» setzt sich Thomas Biebricher mit den Werken der wichtigsten neoliberalen Theoretiker auseinander: mit den ordoliberalen¹ Säulenheiligen Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow ebenso wie mit Milton Friedman, Friedrich August Hayek und James Buchanan.² Der Blick in die Theorie macht deutlich, dass der Neoliberalismus auch heute noch Gegenstand der kritischen Gesellschaftsanalyse sein muss.

Gemäss Biebricher greift die Charakterisierung des Neoliberalismus als ein ökonomistischer Marktabsolutismus zu kurz. Neoliberale Theorie ist im Sinne einer politischen Ökonomie «*zutiefst interessiert an der Verbindung und den Schnittstellen von Politik, Gesellschaft und Ökonomie*» (S. 18). Der zentrale gemeinsame Nenner der neoliberalen Gründungsväter war die Ablehnung des «Kollektivismus» (Sozialismus und Faschismus schlugen sie dabei grosszügig über den gleichen Leisten), der staatlichen Intervention in den Marktmechanis-

mus. Die eigentliche neoliberale Problematik «*bezieht sich auf die politischen und sozialen Bedingungen der Möglichkeit funktionierender Märkte*» (S. 44). Dem Erhalt der Wettbewerbsordnung ist aus neoliberaler Optik alles andere unterzuordnen. Und für diesen Erhalt soll auch in der neoliberalen Theorie ein starker, möglichst monolithischer, durchsetzungsfähiger Staat sorgen.

Neoliberale Demokratie

Folgerichtig hatten die neoliberalen Theoretiker, die von Biebricher explizit nicht als Anti-Demokraten dargestellt werden, ein höchst ambivalentes Verhältnis zur Demokratie. Die grundlegende gemeinsame Annahme neoliberaler Demokratietheorie besteht darin, dass Demokratie ein Problem für funktionierende Märkte

darstellt. Problematisch sind an der parlamentarischen Demokratie (darauf bezieht sich die neoliberale Kritik primär) der Pluralismus, das Mehrheitsprinzip, der insbesondere von Hayek hochstilisierte Konflikt zwischen Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität, die der Verführung durch kollektivistische Populisten zuneigenden Massen, in moderneren Ansätzen dann der homo oeconomicus, der als Politiker*innen, als Lobbyist*in, in der Verwaltung oder als Wählende mit einer kurzfristigen Perspektive den je eigenen Nutzen zu maximieren sucht (rent seeking). Eine positive Demokratietheorie, in der Demokratie nicht einfach als Gefahrenquelle gilt, sondern als ermöglichendes, emanzipatorisches Prinzip für Kooperation, gemeinsames Lernen und gemeinsame Freiheit, existiert nicht.

Von James Buchanan stammt der Vorschlag eines auf Verfassungsebene festzuschreibenden *Balanced Budget Amendments*: Jede öffentliche Ausgabe muss durch entsprechende steuerliche Einnahmen gedeckt sein. In der Schweiz kennen wir das seit 2001, auf EU-Ebene seit 2013 (hinzu kommen diverse weitere Nationalstaaten) unter dem Namen «Schuldenbremse». Solche starren Finanzmechanismen sind Ausdruck einer Entpolitisierung resp. eines technokratischen Politikverständnisses und sie schränken demokratische Autonomie und Spielräume ein.³

Neoliberale Politik

Der verbriefte Hang der Neoliberalen zum Autoritarismus ist nicht zuletzt in den erstaunlichen Leerstellen der neoliberalen The-

1 Ordoliberalismus kann als die – mit der «Freiburger Schule» verbundene – deutsche Variante des Neoliberalismus bezeichnet werden.

2 In den Ausführungen im vorliegenden Artikel kann zwangsläufig nur eher oberflächlich auf ausgewählte Aspekte der Thematik eingegangen werden. Wer mehr Tiefe und Differenzierung möchte, die oder der kommt an der Lektüre des lehrreichen und anregenden Buches nicht vorbei.

3 Auch das Zurückhalten der Nationalbankgewinne ist in diesem Sinne nicht nur als bewusstes Schlankhalten des Staates zu verstehen (siehe Artikel von Beat Ringger in dieser Zeitung), sondern ebenfalls als eine Beschränkung demokratischer Spielräume, weil wir gerade angesichts der gegenwärtigen Krisen (soziale Ungleichheit, Klima, Pandemie) so dringend auch auf die nötigen finanziellen Mittel angewiesen wären, um eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft Realität werden zu lassen.

orie angelegt. Genauer: im Politikverständnis des Neoliberalismus, «dem schwächsten Glied seines politischen Denkens» (S. 206). Einen theoretisch schlüssigen Weg von der Theorie zur Praxis, eine Reformstrategie, konnten die neoliberalen Denker nicht aufzeigen. Es gibt die Kritik am festgefahrenen, als quasi unverrückbar dargestellten Status quo, aber keinen Plan dafür, wie eine neoliberale Reform im Rahmen der parlamentarischen Demokratie möglich sein sollte. Wie kommt man da raus? Rüstow, Friedman, Hayek – sie alle dachten laut über das Potenzial einer «Übergangsdiktatur» nach, «um den gordischen Knoten der pluralistischen Demokratie zu zerschlagen» (S. 214). Ein bisschen Diktatur solange, bis sich die (neo-)liberale Wettbewerbsordnung fest etabliert und abgesichert hat. Dementsprechend hatten Hayek und auch Friedman keinerlei Berührungspunkte mit dem Pinochet-Regime in Chile oder der Salazar-Diktatur in Portugal.

Neoliberale Zukunft?

Biebricher setzt sich im zweiten Teil seines Buches ausführlich mit Europa auseinander und beobachtet insgesamt eine vor allem von Deutschland aus vorangetriebene «Ordoliberalisierung der EU». Ist diese These angesichts des umfangreichen Corona-Hilfspakets (Next Generation EU) und der Suspendierung der Schuldenbremse selbst in Deutschland aufrechtzuerhalten? Das werden die kommenden politischen Auseinandersetzungen erst noch zeigen.

In der Schweiz betont Finanzminister Ueli Maurer laufend, dass wir mit den Schulden die künftigen Generationen belasten (siehe Artikel von Michael Graff in dieser Zeitung). Er ist damit nicht allein: Forderungen nach einer Rückkehr zu «fiskalischer Disziplin» werden lauter. Die «Schuldenbremse» mag angezählt sein, k.o. ist sie nicht.

Ein linkes Gegenprogramm zum Neoliberalismus muss darauf abzielen, eine Post-Corona-Austeritätspolitik, die die soziale Ungleichheit weiter verschärft, zu verhindern – und gleichzeitig den

ökologischen Umbau voranzutreiben. Biebricher betont die Bedeutung einer Einführung europäischer Steuern und einer zwingend damit verbundenen Demokratisierung der Europäischen Institutionen. Darüber hinaus gehören meiner Ansicht nach auch institutionelle Innovationen wie das Partizipative Budget und die Demokratisierung von Unternehmen ins progressive Repertoire.

Die Erfolge der autoritären Populist*innen werden teilweise ebenfalls als ein Beleg für das Ende der neoliberalen Ära angesehen. Biebricher zeigt auf, dass der autoritäre Populismus allerdings, Rhetorik hin oder her, keineswegs für einen konsequenten Bruch mit den ökonomischen Rezepten des Neoliberalismus steht. Teile des Bürgertums, der herrschenden Klasse, sehen im autoritären Populismus angesichts der multiplen gesellschaftlichen Krise vielmehr die Chance, ihre Machstellung zu sichern resp. auszubauen. Das Resultat: kein «progressiver Neoliberalismus» à la Clinton, Blair oder Schröder mehr, sondern neoliberale Ideen kombiniert mit üblen reaktionär-autoritären Angriffen auf die pluralistische Demokratie. Blochers SVP steht seit langem dafür, Janša in Slowenien, Orbán in Ungarn, natürlich Trump. Neoliberalismus und Autoritarismus, das passt zusammen – damals wie heute.

Alles in allem ist zu konstatieren, dass es für einen Abgesang auf den Neoliberalismus noch immer zu früh ist. Gleichzeitig ist aber auch festzuhalten, dass gerade die starken sozialen Bewegungen und die gesellschaftlichen Erfahrungen in der Corona-Krise dem Widerstand gegen neoliberale Politiken zusätzlichen Schub verleihen werden.

Biebricher, T. (2020). *Die politische Theorie des Neoliberalismus*. Berlin: suhrkamp



Pascal Zwicky
Geschäftsleiter des Denknets

“ Ein linkes Gegenprogramm zum Neoliberalismus muss darauf abzielen, eine Post-Corona-Austeritätspolitik, die die soziale Ungleichheit weiter verschärft, zu verhindern.

